

## Gegen den Stillstand – für mehr Entwicklung



Von Iwan Köppel,  
Parteisekretär

**Am 17. Juni entscheidet das St.Galler Stimmvolk, ob das kantonale Verbandsbeschwerderecht abgeschafft werden soll. Ja, sagen die CVP-Nationalratskandidaten Martin Huser und Andreas Widmer: Das nationale Beschwerderecht schützt Natur und Heimat wirkungsvoll.**

**Martin Huser, Sie sagen wie die CVP Kanton SG Ja zur Rückführung des kantonalen Verbandsbeschwerderechts auf das Bundesrecht. Welches ist für Sie als Präsident der Wirtschaft Region St.Gallen (WISG) der Hauptgrund für Ihr Ja?**

**Huser:** Für mich steht die wirtschaftliche Entwicklung unseres Standorts im Vordergrund. Wir müssen das Verbandsbeschwerderecht im Interesse investorenfreundlicher, verlässlicher Bauverfahren aufs Wesentliche fokussieren. Das kantonale Beschwerderecht ist ein Relikt von früher, als es noch keine Natur- und Umweltschutzvorschriften gab. Das ist heute anders. Zudem haben wir heute auch in den Verwaltungen zahlreiche Spezialisten, die sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen.

**Andreas Widmer, wie beurteilen Sie das als profiliertes KMU- und Landwirtschafts-Vertreter im Kantonsrat?**

**Widmer:** Das kantonale Verbandsbeschwerderecht ist heute nicht mehr nötig. Natur- und Heimatschutz bleiben gewährleistet. Das natio-



CVP-Nationalratskandidat Martin Huser

nale Verbandsbeschwerderecht von über 30 nationalen Organisationen besteht weiter. Auch das kantonale Natur- und Heimatschutzrecht ist heute weit ausgebaut. Alle Gemeinden haben Schutzverordnungen. Zudem sind die Leute heute gegenüber der Natur viel sensibler als früher. Das kantonale Beschwerderecht bietet Einzelpersonen zu viel Macht im Einspracheverfahren. Das führt zu Missbrauch und negativen Erfahrungen.

**Können Sie dazu Beispiele nennen?**

**W.:** Ein bekanntes ist das Heberlein-Areal in Wattwil, ein Industrieareal von 6 ha, das neu genutzt werden könnte: Auf Einsprache des Heimatschutzes musste auf einen Teil des Rückbaus verzichtet werden.

**H.:** Ein klassisches Beispiel ist auch die Überbauung Güterbahnhof in St.Gallen: Natur-, Heimatschutz und VCS waren bei der Projektentwicklung dabei und haben trotzdem Einsprachen erhoben. Als diese abgelehnt wurden, trugen sie indirekt über andere Organisationen zum Referendum bei. Das ist ein demokratisches Recht, doch die Einsprachen waren unnötig.

## editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Die Wahlen rücken näher. Die «heisse» Phase des Wahlkampfs steht erst noch bevor. Temperatur und Nervosität steigen aber bereits. Nach der SP – die Wahlschlappe in Zürich lässt grüssen – «nervöseln» nun auch FDP und SVP deutlich. Der rasche «Rosswechsel» der Zürcher SVP mitten in den Vorbereitungen zur Ständeratswahl und die Wirren um die Rechts-Allianz sprechen Bände: Bei beiden liegen die Nerven blank.

Was in Zürich abläuft, ist aber auch in anderer Hinsicht entlarvend: Die FDP gibt sich zwar nach aussen hin fortschrittlich-aufgeschlossen-liberal – zu diesem Zweck die grossspurige «Hop Sviz»-Kampagne. In Tat und Wahrheit aber sitzt sie fest im Rucksack der SVP und trägt deren wirtschaftshemmend-isolationistisch-nationalkonservativen Kurs mit. Die FDP hat sich definitiv aus dem politischen Zentrum verabschiedet.

Fazit: Die CVP ist die einzige wirkliche Zentrumskraft, die unser Land mit tragfähigen, realisierbaren und nachhaltigen Lösungen vorwärts bringt. Lesen sie, wie. Und geben Sie das «präzis» auch weiter, sei es ausgedruckt oder in elektronischer Form.

Urs Schneider, Parteipräsident

### 3 x JA am 17. Juni

- > **JA zur 5. IV-Revision**  
«Die Revision ist dringend nötig und massvoll.»  
Eugen David, Ständerat
- > **JA zur Verbandsbeschwerde mit Mass**  
«Die kantonale Verbandsbeschwerde ist nicht mehr nötig. Natur- und Heimatschutz bleiben gewährleistet.»  
Barbara Keller-Inhelder, Kantonsrätin, NR-Kandidatin
- > **JA zum Neubau des Zentrums für Alterspsychiatrie in Pfäfers**  
«Der Neubau ist nötig für die Erfüllung des Leistungsauftrags.» Felix Bischofberger, Kantonsrat

## inhalt

- «Aus der Pfalz»: Klima-Session im Kantonsrat 2
- Integration: Für eine stabile Gesellschaft 3
- Wahlkampf: Klare Positionen und überzeugende Köpfe 4

# Klima- wie Steuerpolitik: Nachhaltig statt utopisch



Von Armin Eugster,  
Fraktionspräsident

**Der Kantonsrat nahm in der Juni-Session Amtsberichte und Rechnung 2006 ab. Sie zeigen den Kanton in bester Verfassung. In der anschliessenden Klima-Session hiess der Rat die Basis für die Förderung erneuerbarer Energien im Energiegesetz gut.**

Die CVP-Fraktion nimmt die gute Finanzlage des Kantons erfreut zur Kenntnis, warnt aber vor Übermut. Die Voten im Rat zur Rechnung 2006 lassen erahnen, dass die Budgetdebatte im Herbst 2007 zum «heissen Tanz» wird. Begehrlichkeiten von links und rechts werden Hochkonjunktur haben. Die CVP will den gewonnenen Spielraum für steuerliche Erleichterungen nutzen. Mittelstand und Familien sind weiter zu entlasten. Wir wollen eine verlässliche, langfristig angelegte Steuerpolitik und keine Effekthascherei. Das Rezept dafür ist am ehesten in einer Kombination «Steuerfuss-Senkung und tarifarische Massnahmen im Steuergesetz» zu suchen.



**Klima: Handlungsbedarf erkannt**  
Professor Thomas Stocker, renommierter Klima-Experte der Universität Bern, zeigte es zum Auftakt der Klima-Session überzeugend auf: Die Klimaerwärmung ist durch uns Menschen verursacht. Das gibt uns die Chance und nimmt uns in die Pflicht, Gegensteuer zu geben. Die Erwärmung ist zwar ein globales Problem, sie wird jedoch lokal und durch jeden Einzelnen mit verursacht.

Deshalb sind Massnahmen auf allen Ebenen nötig: auf kantonaler und Gemeinde-Ebene genauso wie international und auf Bundesebene. Wer das wie die SVP ignoriert, betreibt Vogel-Strauss-Politik und

schadet unserem Land. Eine nachhaltige Umwelt-, Energie- und Klimapolitik im Kanton muss bei der Steigerung der Energie-Effizienz, der Förderung erneuerbarer Energien, der Bewusstseinschärfung und Umweltbildung sowie bei Energie-sparsmassnahmen im Baubereich – Stichwort Minergie – ansetzen. Der Kantonsrat hat diese Optik mit der Überweisung sämtlicher CVP-Vorstösse in diesen Bereichen klar bestätigt.

Zugleich legte der Rat im Energiegesetz die Basis für die Förderung erneuerbarer Energien. Die Investition in Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien bringt neben dem ökologischen klaren wirtschaftlichen Nutzen: Jeder investierte Franken fliesst mehrfach in die heimische Wirtschaft zurück. Entscheidend ist die Wirksamkeit der Technologien und Massnahmen. Die Nagelprobe folgt erst. Die Regierung will noch dieses Jahr ein Energieleitbild und konkrete Massnahmen präsentieren.

## **Ammann und Göldi in Schlüsselpositionen**

Der Rütli Gemeindepräsident Thomas Ammann wurde ehrenvoll auf den Vizepräsidenten-Stuhl gewählt. In der Person von Peter Göldi übernimmt nach Christoph Häne wieder ein profiliertes und kompetentes Mitglied der CVP-Fraktion das Präsidium der Staatswirtschaftlichen Kommission. Herzliche Gratulation an beide!

Fortsetzung von Seite 1

**Als weiterer Grund für die Abschaffung des kantonalen Beschwerde-rechts wird seine Vorwirkung genannt. Was ist darunter zu verstehen?**

**H.:** Die Drohung einer Verzögerung des Bewilligungsverfahrens durch die Verbände bewirkt oft schon ganz am Anfang, dass die Investoren verzichten oder unattraktive Kompromisse eingehen. Das verfälscht auch die Statistik der letztinstanzlichen Entscheide.

**Wie lässt sich die Abschaffung des kantonalen Verbandsbeschwerderechts mit den umwelt- und energiepolitischen Anliegen der CVP vereinbaren?**

**W.:** Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Das kantonale Verbandsbeschwerderecht wirkt sogar zum Teil umwelt- und energiepolitisch hinderlich. Oft werden energetisch dringend nötige Sanierungen unter dem Titel Heimatschutz verhindert.  
**H.:** Die Abschaffung ermöglicht eine Raumentwicklung mit Mass. Es geht um eine kluge und sinnvolle Nutzung unserer beschränkten Ressource Land. Umweltgerecht Bauen heisst auch Verdichten, heisst Bauen, wo Dienstleistungen vorhanden sind, nicht auf der grünen Wiese.

**Eine Initiative der Zürcher FDP will die Verbandsbeschwerde auch national stark «stutzen». Der Bundesrat hat die Initiative befürwortet. Wie stehen Sie dazu?**

**W.:** Das Ja des Bundesrats ist ungünstig. Das Parlament wäre auf der richtigen Schiene: Es will eine Anpassung, aber keine Abschaffung. Die entstandene Verunsicherung ist verständlich. Wir müssen



CVP-Nationalratskandidat Andreas Widmer

aber klar trennen: Das kantonale Verbandsbeschwerderecht brauchen wir nicht mehr, das nationale schon.

**H.:** Genau weil das Verbandsbeschwerderecht auf Bundesebene bestehen bleiben wird, ist das Kantonale abzuschaffen, um so das Beschwerderecht auf die wichti-

gen, grossen Projekte und für langjährige, national tätige Verbände zu konzentrieren. So kann dem Missbrauch ein Riegel geschoben werden.

**Zum Schluss: Wie sieht unser Kanton in zwanzig Jahren aus, wenn das Volk am 17. Juni Ja sagt? Wie, wenn es Nein sagt?**

**H.:** Bei einem Ja spart der Kanton und gewinnt die Bevölkerung: mit attraktiven Standortträgern dank neuen Investoren. Ein Nein würde Kanton und Investoren kosten. Die Unsicherheit bliebe bestehen. Nicht jeder ist bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Das würde sich für den Standort im Wettbewerb negativ auswirken.

**W.:** Ein Ja ermöglicht aus Städte- und Agglomerations-Sicht eine bessere Raum- und Siedlungsplanung. Aus ländlicher Sicht entsteht mehr Raum für Neu- und Umnutzungen alter Bausubstanz – gegen eine Verlotterung der Regionen. Ein Nein würde lähmen und uns gegenüber Kantonen wie GR und SZ benachteiligen, die kein eigenes Beschwerderecht haben.

**Martin Huser, Andreas Widmer, vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg.**

# Integration: Für eine stabile Gesellschaft



Von Benedikt Würth,  
Vize-Fraktionspräsident

Die immer wieder diskutierten Fragen zur Integration der ausländischen Bevölkerung verlangen nach klaren Antworten. Die CVP-Fraktion im Kantonsrat hat ihre Haltung in einem Positionspapier zusammengefasst. Sie setzt auf klare, faire und verbindliche Regeln.

Ziel und Zweck funktionierender Integration ist das friedliche Zusammenleben der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung. Dieses ist eine grundlegende Voraussetzung für Stabilität und Wohlergehen unserer Gesellschaft. Ausgrenzung erschwert das friedliche Zusammenleben.

Funktionierende Integration erfordert klare Regeln, die sowohl Rechte als auch Pflichten der ausländischen Bevölkerung verbindlich fixieren. Die Einhaltung und der Vorrang der schweizerischen Rechtsordnung sind von allen Beteiligten als

selbstverständliche Voraussetzung des Zusammenlebens zu anerkennen. Unumstößliche Grundsätze bilden insbesondere Religions- und Kulturfreiheit sowie Gleichstellung von Mann und Frau.

Integration ist keine einseitige Angelegenheit. Es braucht dazu einerseits den Willen und die Anstrengungen der Ausländerinnen und Ausländer selbst, andererseits auch die nötigen Hilfestellungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Integration kostet Aufwand, Zeit und Geld; sie ist nicht umsonst zu haben.

## Die wichtigsten Positionen

**Verbindliche Regeln für Schule und Unterricht**  
Der Schulunterricht findet auf der Basis unserer christlichen abendländischen Werte statt. Kantonale und kommunale Schulerlasse sind konsequent durchzusetzen. Die Schulträger sollen klare Spielregeln zur Bekleidung an den Schulen für alle Beteiligten festlegen und durchsetzen. Die CVP erwartet vom Erziehungsrat dazu Empfehlungen. Es darf verlangt werden, dass auf das Tragen des Kopftuchs verzichtet wird. Das Tragen des Kopftuchs durch Lehrpersonen in öffentlichen Schulen verletzt den Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau. Die Pflicht zur Teilnahme an allen obligatorischen

Schulstunden und -anlässen gilt für alle Schülerinnen und Schüler. Ebenso hält die CVP am Religionsunterricht der öffentlich-rechtlich anerkannten Landeskirchen in der Volksschule fest – als Bestandteil des Lehrplans und in den Schulen. Wer nicht daran teilnimmt, soll stattdessen einen Ersatzunterricht in «Religion und Kultur» oder Ethik besuchen.

**Klare, faire Regeln für religiöse Bauten und Friedhöfe**  
Die CVP-Fraktion spricht sich gegen ein pauschales und absolutes Minarett-Verbot aus. Es ist jedoch im Baugesetz klar zu regeln, wo, wie, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Grösse religiöse Bauten stehen können und sollen. Auf staatlichen Friedhöfen besteht kein Anspruch auf Sonderrechte. Die CVP setzt auf pragmatische

## übrigens

Früher, so hat man mir erzählt, haben die Evangelischen an Allerheiligen die Wäsche aufgehängt, und die Katholischen haben am Karfreitag Gülle ausgetragen. Heute, so habe ich gehört, greift die SVP wieder auf solch bewährte Rezepte zurück und will Minarette verbieten. Und morgen, so muss ich vermuten, wird sie immer noch nicht verstanden haben, worauf der Wohlstand in unserem Land beruht. Unsere Volkswirtschaft ist doch genau deshalb so erfolgreich, weil in unserem Land Pluralismus, Toleranz und Demokratie gelebt werden.

Für die Schweizerische Verbotspartei SVP sind das Fremdwörter. Sie ist einfacher gestrickt und versucht seit Jahrzehnten, mit simplen Scheinlösungen und neuen Verboten auf vielschichtige Veränderungen zu reagieren. Auf dass wir bald wieder im vorletzten Jahrhundert landen und das haben, was die SVP will: keine Minarett, weniger Wohlstand, mehr Gülle am Karfreitag. Dorthin, wo es die Verhinderungs- und Verbotspartei SVP offenbar hinzieht, kann weder ein rationaler Ökonom noch ein überzeugter Christ wollen: in die wirtschaftliche Abschottung, in ein Klima von Intoleranz und politischer Willkür. Diesen Albtraum überlassen wir der SVP.

Ihr Böserwisser

sche Lösungen, die im Gespräch zwischen den Religionsgemeinschaften, den Behörden und der betroffenen Bevölkerung gefunden werden.

### Bekämpfung von Zwangsverheiratungen und Extremismus

Jegliche Verletzung des heute erreichten Standards der Frauenrechte ist zu bekämpfen. Die Gesellschaft ist wirksam vor fundamentalistischen Akteuren zu schützen. Religiös-fundamentalistische Organisationen sind zu überwachen und gegebenenfalls zu verbieten.

Auf [www.cvp-sg.ch](http://www.cvp-sg.ch) (Positionen) finden Sie das ganze Positionspapier.

## plattform

### CVP Frauen: Neue Präsidentin gewählt

An der HV der CVP Frauen Kanton SG wurden Patrizia Adam zur Präsidentin gewählt und die Nationalratskandidatinnen von CVP und JCVP vorgestellt.

Vor der HV nutzten zahlreiche Frauen die Gelegenheit zur Besichtigung der Firma



Lista Office AG in Degersheim mit Vortrag zum Thema «Neue Arbeitswelten».

Die Versammlung fand im Hotel Wolfensberg statt. Nach der Begrüssung durch Gemeindepräsident Reto Gnägi führte Präsidentin Maria Bollhalder zügig durch die Traktanden. Drei Frauen wurden aus dem Vorstand verabschiedet: Denise Camele, Schmerikon, Christa Grämiger, Bronschhofen, und Esther Vorburger, St.Gallen. Nach zwei Jahren als Co-Präsidentin und drei Jahren als Präsidentin trat auch Maria

Yvonne Suter, NR-Kandidatin JCVP, Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, NR-Kandidatin Melanie Helfenberger, Maria Bollhalder und Patrizia Adam, die abtretende und die neue Präsidentin, Petra Beck, NR-Kandidatin JCVP (v. li.).

Bollhalder zurück. Patrizia Adam aus St.Gallen ist bereit, das Präsidium für ein Jahr zu übernehmen. Bis zur nächsten HV bleibt nun Zeit, um eine Nachfolgerin zu finden. Für die jahrelange Arbeit und das Engagement wurde den Frauen mit einem Präsent und kräftigem Applaus gedankt.

Anschliessend bot sich Gelegenheit, Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz und die NR-Kandidatinnen Theres Engeler-Bisig, Melanie Helfenberger und Barbara Keller-Inhelder von der CVP sowie Petra Beck und Yvonne Suter von der JCVP kennen zu lernen.

Elisabeth Nagy-Rieser,  
Vorstand CVP Frauen Kanton SG

# Klare Positionen und überzeugende Köpfe

**Mit einem grossen Strassenfest in der St.Galler Marktgasse ist die CVP Kanton SG schwungvoll in den Wahlkampf gestartet.**

Im «Talk» mit Moderator Christian Manser blickte Christophe Darbellay, Präsident der CVP Schweiz, optimistisch auf den Wahlherbst: «Die CVP hat in den letzten vier Jahren viel erreicht. Wir haben ein griffiges Programm mit klaren Positionen erarbeitet und setzen es konsequent um, mit konkreten Forderungen und Lösungen.» Er verwies auf die Wirtschaftspolitik mit der erfolgreichen Sicherung des bilateralen Weges und dem Kampf für mehr Wettbewerb und tiefere Preise. Auch in der Familienpolitik hat die CVP mit der Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen ein wichtiges Etappenziel erreicht: «Nun müssen wir erreichen, dass Frauen und Männer das Miteinander von Familie und Beruf frei und harmonisch

gestalten können.» Als prioritäre Herausforderung nannte Christophe Darbellay die Umwelt- und Energiepolitik: «Das Klima zwingt uns zum Handeln. Das tun wir. Dabei bauen wir auf Energieeffizienz und technologische Innovation.»

Als ihre zentralen Anliegen nannten die «Köpfe» von CVP und JCVS Kanton SG



auf den Nationalratslisten 3 und 4 eine gesunde Wirtschaft, die Stärkung der Regionen und die Sicherung der Lebensräume mit einer nachhaltigen Umwelt- und Energiepolitik. Kämpferisch zeigte sich Ständerat Eugen David: «Die Pole blockieren. Wir im Zentrum bringen unser Land vorwärts. Deshalb müssen wir dafür kämpfen, unsere Position im Parlament und im Bundesrat wieder zu stärken.»

Wie der gesamte Wahlkampf der CVP Kanton SG stand das Strassenfest unter dem Leitmotiv: «Wir bewegen.» Bewegung und Schwung waren auch an den Marktständen rund um das Festzelt greifbar. Alle Regionalparteien präsentierten innovative Projekte, touristische Attraktionen und kulinarische Leckerbissen.

Iwan Köppel, Parteisekretär

## CVP Rheintal pedalt schwungvoll in den Wahlkampf

**Umwelt- und Energiepolitik standen im Zentrum des Wahlauftritts der CVP Rheintal in Oberriet. Gestartet wurde – zum Thema passend – per Velo und mit eigener Muskelkraft.**

Wahlstabsleiter Werner Ritter betonte: «Die CVP legt sich mit dem bewussten Akzent auf der Umwelt- und Energiepolitik nicht bloss ein grünes Mäntelchen um! Politik ist, Antworten auf Fragen zu geben, die Menschen beschäftigen, und Lösungen zu finden für die Probleme unserer Zeit.»

Die Stossrichtung der Umwelt- und Energiepolitik legten die Nationalratskandidaten Hans Frei, Kantonsrat aus Diepoldsau, und Markus Ritter, Stadtrat aus Altstätten, dar. «Wir dürfen keinen Raubbau betreiben», betonte Hans Frei, «und müssen unseren Nachkommen intakte

Lebensgrundlagen sichern.» Zur Durchsetzung der Nachhaltigkeit genüge es nicht, nur auf Freiwilligkeit zu setzen: «Lenkungsmaßnahmen sind gut, aber sie dürften kaum ausreichen – ohne Verbote geht wohl zu wenig.»



Sportlich und umweltfreundlich unterwegs (v. li.): Wahlstabsleiter Werner Ritter, Nationalratskandidat Hans Frei und Boris Tschirky, Präsident der CVP Oberriet.

Biogas oder auch der Anbau von Pflanzen zur Biodiesel- oder Ethanolproduktion böten zwar gewisse Chancen, führte Markus Ritter, Präsident des kantonalen Bauernverbands, aus: «Wir setzen uns in

der Schweiz jedoch klar für die Lebensmittel-Produktion ein.» Sorgen bereiten Ritter die Auswirkungen des Klimawandels. Zwar könnte die Schweizer Landwirtschaft bei einer Erwärmung um zwei bis drei Grad möglicherweise sogar profitieren. In weiten Teilen der Erde sei aber die Fruchtbarkeit der Böden wegen des Wassermangels gefährdet.

Patrick Dürr, Präsident CVP Rheintal

### Impressum:

präzis  
Informationsmagazin der CVP Kanton St.Gallen

Herausgeber / Inserate:  
Christlichdemokratische Volkspartei  
Kanton St.Gallen  
Rorschacherstrasse 50, Postfach 461,  
9001 St.Gallen  
T 071 222 33 84, F 071 223 21 26  
info@cvp-sg.ch, www.cvp-sg.ch

Redaktionsleitung:  
Iwan Köppel (ik), Parteisekretär,  
koeppel@cvp-sg.ch

Konzept, Layout und Produktion:  
ERNi Druck und Media AG, 8722 Kaltbrunn  
info@ernidruck.ch, www.ernidruck.ch